

the book lack sufficient descriptive context or attribution. For example, the author uses well-known images—such as the iconic photograph of two young boys wearing Jewish badges in the Kovno ghetto, taken by George Kadish—without acknowledging the photographer's authorship (p. 346). Despite the fact that Kadish's photographic work represents some of the most significant visual documentation of the Holocaust in Lithuania, his wartime activities are not mentioned in the book, not even in the sections discussing spiritual and cultural resistance within the ghettos. This absence not only overlooks a key figure in the visual historiography of the Holocaust in Lithuania, but also reflects a missed opportunity to engage critically with visual sources and their historiographical value. Despite these shortcomings, the monograph—clearly intended for an international scholarly audience as well as general readers—stands as a valuable example of thorough and accessible scholarship on the Holocaust in Lithuania. Its strength lies in synthesizing a complex and often emotionally charged history in a manner that is both analytical and broadly comprehensible, thereby making a significant contribution to the field of Holocaust studies.

Vilnius

Gintarė Malinauskaitė

A Companion to Political Institutions in Poland, 1944–1989. Hrsg. von Marek Jabłoński, Wojciech Jakubowski und Daniel Przystek. (Brill's Companions to the Slavic World, Bd. 4.) Brill Schöningh. Leiden – Paderborn 2025. XI, 381 S., Ill., Tab., Kt. ISBN 978-3-506-79673-8. (€ 99,-)

Das vorliegende Buch ist in drei Teile strukturiert (die sich jeweils in Kapitel und Unterkapitel aufgliedern), von denen sich der erste mit historischen Konditionen der Politik – beginnend mit dem geteilten Polen vor dem Wiener Kongress von 1815 bis zum Ende Volkspolens 1989 – beschäftigt und der zweite, hauptsächlich, die Institutionen des politischen Systems Polens zwischen 1944 und 1989 beschreibt. Der dritte Teil wird von einem ausführlichen Anhang in fünf Abschnitten gebildet.

Das Buch beginnt ohne Vorwort mit einer knappen Definition der Begriffe „politisches System“ und „Regierungsform“, die für die Darstellung des Gegenstands durch die Autoren von Interesse sind: „The political system is based both on the principles set out in legal acts. It is defined in a given ideology, and it also results from historical tradition“ (S. 3). Folgerichtig befasst sich das erste Kapitel von Teil I mit „Polish Political Traditions of the 19th and the First Half of the 20th Century“. Das erste Kapitel von Teil II („Institutions of ‚People's Power‘ [‚Government‘] in Poland“) handelt – den oben genannten Definitionen folgend – von den ideologischen Grundlagen eines sozialistischen Staates. Genannt werden die zwei wesentlichen Konzepte der marxistisch-leninistischen Gesellschaftstheorie: die These von der Geschichte als aufsteigende Abfolge von sozial-ökonomischen Gesellschaftsformationen, deren Wechsel durch Revolutionen vorangetrieben werde, sowie die Vorstellung einer dominierenden Rolle der ökonomischen Basis gegenüber dem ideologisch-kulturellen Überbau.

Der Leser wird mit einer beeindruckenden Fülle von Informationen versorgt. Allerdings ist dem Rezensenten beim Durchsehen des umfangreichen Anhangs ein Defizit aufgefallen, das ihm für die Konzeption des Buches charakteristisch und daher hier besonders erwähnenswert scheint: Annex 1 beschreibt nicht nur die politische Zusammensetzung der einzelnen Regierungen der Volksrepublik, sondern auch ihre genauen Bezeichnungen, den Zeitraum ihres Bestehens, ihre Vorsitzenden, die Zahl der Minister sowie die in ihnen vertretenen Parteien (in den frühen Jahren bis zu sechs, später nur noch drei). Die entsprechenden Angaben stammen aus dem 1991 publizierten Buch *Ludzie Władzy*.¹ Annex 2 stellt die zentralen staatlichen Behörden vor – Präsident, Staatsrat, Regierung und Leitung des Sejms, jeweils mit den genauen Daten der Legislaturperioden. Den Abschluss dieses

1 TADEUSZ MOŁDAWA: *Ludzie władzy 1944–1991* [Machthaber 1994–1991], Warszawa 1991.

Teils bilden die Angaben zu der ersten post-kommunistischen Regierung unter Tadeusz Mazowiecki (September 1989 bis Januar 1991). In einem weiteren Teil dieses Annexes wird mit der Bezeichnung der Ministerien die Struktur der Regierungen zu verschiedenen Zeiten der Volksrepublik dargestellt. So wird etwa in Tab. 12 (S. 278) das „Ministry of Recovered Territories“ erwähnt, das von 1945 bis 1949 existierte. Annex 3 beschreibt die Präsidenten und Ministerpräsidenten der Republik Polen im Exil von 1939 bis 1990. In einem weiteren Anhang werden in alphabetischer Reihenfolge die wichtigsten im Buch genannten Persönlichkeiten mit kurzen beruflichen Lebensläufen vorgestellt. Am Schluss stehen eine kurze Bibliografie und ein Namensindex.

Leider jedoch fehlen hier Namen von Persönlichkeiten der Volksrepublik aus der Gruppe der „kommunistischen Dissidenten“. Allein Jacek Kuroń wird erwähnt (S. 245), aber im entsprechenden vierten Anhang fehlt seine Biografie. Gar nicht aufgeführt sind Adam Michnik sowie Karol Modzelewski – sehr wohl hingegen dessen Stiefvater Zygmunt Modzelewski, der den 1937 in Moskau geborenen Karol im Geiste des Kommunismus erzog. Auch die Eltern von Adam Michnik waren Kommunisten, nahmen leitende Funktionen in der Kommunistischen Partei (PZPR) ein. Später verfasste Michnik zusammen mit Kuroń und Karol Modzelewski einen offenen Brief, in dem die polnische Staats- und Parteiführung zu politischen Reformen aufgerufen wurde. Im März 1968 nahm er zusammen mit den anderen Autoren des offenen Briefes an Studentenprotesten teil. Dafür wurde er der Universität verwiesen und verbüßte eine Gefängnisstrafe.

Das Fehlen jener Gruppe „kommunistischer Dissidenten“ ist wohl kein Zufall. Die Autoren gehen davon aus, dass das politische System Volkspolens ein Ergebnis der Intervention der Sowjetunion, also der polnischen Gesellschaft rein von außen aufgezungen worden sei (siehe u. a. Abb. 37, S. 111, wo die sowjetische Führung, der sowjetische Botschafter in Polen, der RGW sowie der Warschauer Pakt als unmittelbarer Teil des polnischen politischen Systems dargestellt werden). Dabei stehen die formalen Institutionen des politischen Systems im Zentrum der Darstellung, nicht die inneren Spannungen jenes Wandels. Sie werden nur kurz abgehandelt, etwa auf S. 56 f. Die Jahre nach 1956 bis 1980 waren in der politischen Kultur von einem Dualismus gekennzeichnet, durch die Kluft zwischen den Regeln des öffentlichen und des privaten Lebens. „The people seemingly accepted the imposed system, participated in the elections [...] However, it often expressed its social dissatisfaction“ (S. 57). Solche Proteste flammten mehrfach auf: 1956, 1968 und 1976. Erst 1980 kamen mit der großen Streikbewegung neue gesellschaftliche Akteure ins Spiel, wenn auch die unabhängige Gewerkschaftsbewegung „NSZZ Solidarność“ zunächst durch die Herrschenden nicht anerkannt wurde.

Letztlich wird der Darstellung des politischen Systems Carl Joachim Friedrichs Konzept einer „totalitären Macht“ zugrunde gelegt, das sich Ideologie und Propaganda, einer allseitig verstaatlichten Wirtschaft, einer allmächtigen Geheimpolizei und umfassender Zensur bedient habe (Kapitel 7). Veränderungen hätten nur von außen eindringen können.

Übersehen werden dabei innere Quellen für eine Veränderung der Herrschaftsverhältnisse. Es gab auch in der polnischen Gesellschaft Menschen, die auf eine Veränderung des Systems bei Beibehaltung seines sozialistischen Charakters setzten: jene dissidentischen Kommunisten, zu denen Kuroń, Modzelewski und Michnik zählten. Alle drei waren Mitglieder von kommunistischen Organisationen. Wenn man diesen, wenn auch begrenzten, inner-kommunistischen Pluralismus in den Blick nimmt, dann fällt auch auf, dass es in der PZPR-Mitgliedschaft eigenständige Gruppen gab, was eigentlich dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ widersprach. Schon 1921 wurde durch Lenin ein Verbot der Bildung von Fraktionen innerhalb der Kommunistischen Partei verhängt, in Polen jedoch gab es sie. Diese „Fraktionen“ werden im Buch zwar erwähnt (S. 116 ff.), aber ihre Wirkung auf den Wandel der Macht wird nicht analysiert.

Dieses Potenzial zur Veränderung des Systems von innen heraus, in Form dissidentischer Strömungen und Reformen des Systems von oben – exemplarisch belegt durch das Wirken Alexander Dubčeks und die Reformen Michail Gorbachëvs – bleibt im rezensierten

Buch außen vor. Die Macht war jedoch nicht monolithisch, sondern als eine Wechselbeziehung zwischen herrschender Gruppe, Dienstklasse und Bevölkerung angelegt.

Aus dieser als Handbuch angelegten Analyse der Regierungsmacht in Volkspolen kann man viel über ihre sich über die Jahre verändernden Institutionen im Einzelnen lernen, allerdings bleiben die inneren Ursachen politischen Wandels im Dunkeln. Es ist als ergänzender Lesestoff zu einer Geschichte der politischen Macht in Polen zwischen 1944 und 1989 durchaus zu empfehlen.

Wien – Berlin

Dieter Segert

Falk Flade: Innovation und Planwirtschaft? Technologischer Wandel in zentral geplanten Ökonomien am Beispiel der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen. (Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 89.) Duncker & Humblot, Berlin 2024. 340 S., Ill., Tab., Kt. ISBN 978-3-428-19357-8. (€ 99,90.)

Warum existiert eine Produktivitätslücke zwischen den ost- und westdeutschen Bundesländern? Diese kontrovers diskutierte Frage dient als Aufhänger von Falk Flades Monografie, die aus seiner Habilitationsschrift hervorging und im Rahmen des Forschungsverbundes „Mod-Block-DDR“ entstand.¹ Zentrale Grundannahme dieses Projekts war, dass wirtschaftlicher Erfolg maßgeblich vom technologischen Wandel und der nationalen Innovationsfähigkeit abhängt. Auch müsse für die Frage der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland sowohl die Transformationszeit als auch das sog. DDR-Erbe berücksichtigt werden. An Letzteres knüpft F. an, indem er das Verhältnis von Innovation und Planwirtschaft am Beispiel der DDR und der Volksrepublik Polen (VRP) untersucht. Seine Fragestellung setzt dabei auf der in der wirtschaftshistorischen Forschung zu DDR und Ostmitteleuropa bislang eher vernachlässigten Mikroebene der Betriebe an.² F. fragt, welche Faktoren die Innovationsleistung von Betrieben in einer Planwirtschaft zwischen 1945 und 1990 beeinflussen.

Mit ihrem Zuschnitt eröffnet die Arbeit neue Perspektiven auf ein seit Langem erforschtes Thema. Durch den Vergleich von DDR und VRP verzichtet F. zum einen auf den in der DDR-Forschung lange dominierenden Bezugspunkt Westdeutschland. Dieser diene über Jahrzehnte als Referenzrahmen für Vergleiche und wird inzwischen vor allem unter dem Gesichtspunkt gegenseitiger Verflechtung betrachtet.³ Zum anderen dezentriert F. die Geschichte der Planwirtschaft, indem er nicht die Sowjetunion, sondern zwei kleinere sozialistische Nationalstaaten untersucht. Zugleich adressiert er damit Forschungslücken der ostmitteleuropäischen Wirtschaftsgeschichte. So ist das Zusammenspiel von Innovation und Wirtschaftssystem in der VRP bislang kaum systematisch untersucht worden. Mit der Mikroelektronik- und der Chemiefaserindustrie wählt F. darüber hinaus zwei Branchen in der VRP, zu denen bisher nur wenig Literatur vorliegt.

Ausgangspunkt seiner Analyse ist der von Narrativen des Kalten Krieges geprägte Forschungsstand der frühen 1990er Jahre. Dieser fragte nach den Ursachen der Innovationschwäche von Planwirtschaften und attestierte Betriebsleitungen aufgrund fehlenden

1 Siehe die Homepage des Forschungsverbundes: <https://www.uni-bremen.de/mod-block-ddr/ueber-uns> (2026-01-17).

2 Vgl.: VEIT DAMM, ULRIKE SCHULZ, SWEN STEINBERG, SYLVIA WÖLFEL: Ostdeutsche Unternehmen im Transformationsprozess 1935 bis 1995. Ein neues Forschungsfeld der modernen Unternehmensgeschichte, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 56 (2011), S. 187–205; JOHANNES BÄHR: Unternehmensgeschichte in Deutschland – Ansätze und Perspektiven der neueren Forschung und das Verhältnis zur DDR-Geschichte, in: HERMANN-JOSEF RUPIEPER (Hrsg.): Die mitteldeutsche Chemieindustrie und ihre Arbeiter im 20. Jahrhundert, Halle (Saale) 2005, S. 35–51.

3 Siehe z. B.: FRANK BÖSCH (Hrsg.): Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000, Göttingen 2015.